

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 19. September 2024

Dossier Nr. 10290, «10vor10» vom 22. August 2024 – «Amherd spielt mit Worst-case-Szenario»

Sehr geehrter Herr XY

Mit Mail vom 23. August 2024 beanstanden Sie obigen Beitrag wie folgt:

«Die Bundespräsidentin und Verteidigungsministerin hat einen Finanzierungsfond von CHF 10 Mia für die Landesverteidigung beim Parlament beantragt.

Der Beitrag der SRG von 10 vor 10 am 22.08.2024 hat tendenziös diesen Antrag verurteilt und argumentiert, dass die Verteidigungsministerin dem Parlament wichtige Informationen dazu vorenthalten hätte.

Die Redaktion der SRG 10 vor 10 hat dazu wie gewohnt linke Parlamentarier (Ständerat Dittli) zu Wort kommen lassen und das Vorgehen der Bundespräsidentin verurteilt und sie diffamiert.

Tendenziös ist der Beitrag von 10 vor 10 deshalb, weil die SRG in einer eigenen DOK Produktion den Militärexperten Georg Häsler und den Chef der Armee zu den Finanzierungslücken der Armee hat zu Wort kommen lassen. In mehreren Beiträgen der SRG wurde auf die Finanzierungslücken der Armee eingegangen und es war der SRG bekannt, dass eine sehr grosse Finanzierungslücke besteht. Dass die Nato in ihrer eigenen Beurteilung noch ein schwärzeres Bild malt, war der SRG auch bekannt.

Deshalb ist es unverständlich, dass die SRG in ihrem 10 vor 10 Beitrag daraus einen reisserischen und tendenziösen Beitrag gestaltet und der Bundespräsidentin und

Verteidigungsministerin Falschinformation des Parlaments vorhält. Diese linke und tendenziöse Berichterstattung von SRG und der 10 vor 10 Redaktion ist aufs Schärfste zu verurteilen.

Die Schweiz braucht eine gesunde und gut finanzierte Verteidigung des Landes und der Bürger, wie es in unserer Verfassung steht. Das sollte auch der staatsfinanzierten SRG klar sein.»

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Im beanstandeten Beitrag geht es um die Bemühungen von Verteidigungsministerin Viola Amherd, früher als vom Bundesrat beschlossen die nötigen Mittel zu erhalten, um die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee zu stärken. Diese Bemühungen, festgehalten in einem Dokument, das ein drastischeres Szenario zeigt als das, was Grundlage für den Entscheid im Gesamtbundesrat war, werden kommentiert von Parlamentarier:innen, durch das UVEK und durch das EJPD.

Zu Wort kommt Josef Dittli, FDP-Ständerat des Kantons Uri. Dittli war Berufsoffizier und Oberst im Generalstab, ist also alles andere als armeekritisch. Ganz im Sinne von Bundesrätin Viola Amherd argumentiert die Luzerner Mitte-Ständerätin Andrea Gmür. Kritisch zum Dokument äussert sich im beanstandeten Beitrag unter anderem das Departement von Albert Rösti, der ebenfalls alles andere als armeekritisch eingestellt ist.

Der Beitrag ist weder reisserisch noch tendenziös gestaltet und es wird auch nicht der Vorwurf erhoben, die Verteidigungsministerin habe dem Parlament Falschinformationen übermittelt. Sie schätzt die geopolitische Lage und damit die Auswirkungen auf die Schweizer Armee in einer Dokumentation einfach anders ein als in dem Papier, das dem Bundesrat vorgelegt wurde und über das dieser entschieden hat. Darüber und über die Irritationen, die dadurch entstanden, berichtet «10vor10» unter Berufung auf Stimmen aus dem Parlament und anderen Departementen des Bundes.

Es wird auch nicht daran gezweifelt, dass die Schweiz eine gesunde und gut finanzierte Armee braucht. Im Beitrag wird nur vermittelt, dass es über den Zeitpunkt der Finanzierung unterschiedliche Vorstellungen gibt.

Wir stellen deshalb keinen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes fest.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz